

# BERLINER RUNDSCHAU

**CDU-Spitzenkandidat  
Frank Henkel**

Großes  
TV- Duell:  
Henkel vs.  
Wowereit  
am 6.9.2011  
um 20.15 Uhr  
im RBB

## Der Fakten-Check

Bei der sogenannten „Elefantenrunde“ im RBB standen die Spitzenkandidaten von CDU, SPD, Grüne, FDP und Linke für die Abgeordnetenhauswahl am 18. September Rede und Antwort. Doch was ist dran an ihren Aussagen? Hier der Fakten-Check:

**Harald Wolf (Die Linke):** „Der rot-rote Senat hat in den vergangenen Jahren 120.000 neue Jobs geschaffen.“

Fakt ist: Die neuen Jobs sind zuerst auf den bundesweiten Aufschwung unter der CDU-geführten Bundesregierung zurückzuführen. Da andere Bundesländer mehr aus dem Aufschwung gemacht haben als Berlin, bleibt die Hauptstadt nach wie vor Schlusslicht in der Arbeitslosenstatistik – vor Rot-Rot lag Berlin noch auf Platz 12.

**Renate Künast (Grüne)** auf die Frage, ob sie Tempo 30 auf allen Berliner Hauptstraßen befürworte: „Nein, außer es ist ein Altersheim oder eine Schule an der Strecke.“



CDU-Spitzenkandidat Frank Henkel ist nach der Sendung bester Laune - konnte er auch. Die taz kürte ihn zum Sieger der Debatte; vor Wowereit und Künast.

Fakt ist: Das Wahlprogramm der Grünen macht dazu eine völlig gegensätzliche Aussage. Da heißt es: „Auf den großen Magistralen gilt Tempo 50. In der Realität ist Tempo 30 die Regel und Tempo 50 schon heute die Ausnahme. Wir wollen das Gesetz der Realität anpassen...“.

**Klaus Wowereit (SPD)** auf die Frage, ob er in die Bundespolitik wechseln wolle: „Ich bleibe in Berlin!“

Fakt ist: Wowereit bringt sich bereits seit Jahren immer wieder für eine mögliche Kanzlerkandidatur ins Gespräch. Nur einen Tag nach der „Elefantenrunde“ heizte SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles die Spekulationen nochmals an: „Sigmar Gabriel hat bereits gesagt, dass jeder Ministerpräsident in der SPD geeignet ist für Höheres. Dem stimme ich zu.“

**Frank Henkel (CDU)** zu der Serie von Auto-Brandanschlägen: „Der Senat hat bei diesem schrecklichen Phänomen die Berlinerinnen und Berliner im Stich gelassen.“

Fakt ist: Seit über zwei Jahren werden in Berlin immer wieder Brandanschläge auf Autos verübt – an die 1.000 Fahrzeuge vielen dem Feuerterror bislang zum Opfer, in diesem Jahr schon weit über 500. Die CDU forderte von Anfang an ein konsequentes Vorgehen und unterbreitete konkrete Vorschläge zur Bekämpfung der Brandanschläge wie die Einrichtung einer Sonderkommission und einer Expertenrunde sowie die Unterstützung der Berliner Polizei durch die Bundespolizei. Alle Vorschläge wurden vom rot-roten Senat abgelehnt, stattdessen spielten Innensenator Körting (SPD) und der Regierende Bürgermeister Wowereit (SPD) die Probleme immer wieder herunter. Körting riet den Berliner gar, ihre Autos nicht „provokierend“ zu parken.

# Frank Henkel: „Linke Intoleranz so bekämpfen wie die rechte.“



Foto: Martin U.K. Lengemann

**„Politisch motivierte Taten bedrohen die Vielfalt Berlins“, meint Frank Henkel, Spitzenkandidat der CDU für die Berliner Abgeordnetenhauswahl am 18. September. Mit Hinblick auf die Serie von nächtlichen Brandanschlägen auf Autos in Berlin erklärt er, warum linke Intoleranz genauso behandelt und bekämpft werden muss wie rechte:**

„Es war leider nur eine Frage der Zeit, bis die Krawalle in England auch bei uns auf Sympathie treffen würden. „London brennt! Wann folgt endlich Berlin!“, titelte ein Autor vor zwei Wochen in einem linksextremen Blog. Die Frage wurde nur wenige Tage später durch den Auftakt einer verheerenden Serie von Brandanschlägen beantwortet. Was seitdem in der deutschen Hauptstadt passiert, ist die erneute Eskalation eines Phänomens, unter dem Berlin seit einigen Jahren leidet. Es vergeht keine Nacht, in der nicht mehrere Autos angezündet werden. Die Politik

wirkt ohnmächtig, durchschlagende Erfolge gegen die Zünder gibt es nicht. Die Wut und die Empörung der Bevölkerung sind mit Händen zu greifen.

Doch was können wir überhaupt tun? Bei allen politischen Differenzen gibt es in einer Frage parteiübergreifende Einigkeit: Mit staatlicher Gewalt allein lassen sich solche Verbrechen nicht ausschließen. Dazu sind die Tatgelegenheiten zu zahlreich, dazu bietet die Anonymität der Großstadt zu viel Schutz für Täter. Das Katz-und-Maus-Spiel ist für unsere Sicherheitskräfte nur schwer zu gewinnen. Das gilt gerade in Berlin, wo die Polizei unter Rot-Rot knapp 4000 Kräfte verloren hat und an vielen Krisenherden ihre letzten Reserven aufbieten muss. Jugendkriminalität, steigende U-Bahn-Gewalt, Brandanschläge: Die Berliner Polizei kann nicht überall sein, dazu fehlen ihr schlicht die Kräfte. Sie ist zum Opfer einer fatalen Sparpolitik geworden.

## Höherer Fahndungsdruck und härtere Strafe

Trotz dieser ungünstigen Voraussetzungen darf Berlin nicht resignieren. Der Fahndungsdruck muss deutlich erhöht, die Polizei verstärkt werden, wie es CDU und Polizeigewerkschaften seit Langem fordern. Gleichzeitig ist auch ein Umdenken an den Gerichten erforderlich. Bewährungsstrafen, wie zuletzt gegen einen überführten Brandstifter, werden als Freispruch wahrgenommen. Das führt zu tiefem Frust bei den Ermittlern, und für die Täter ist es ein ermutigendes Zeichen: Das Risiko, erwischt zu werden, ist ohnehin gering, und selbst wer gefasst wird, hat wenig zu befürchten.

Doch reichen höherer Fahndungsdruck und härtere Strafen aus, um den Brandterror in den Griff zu bekommen? Mitnichten. Es wäre zwar ein wichtiges Zeichen, wenn der Rechtsstaat deutlich macht, dass er sich diesen Vandalismus nicht bieten lässt, und seine Anstrengungen intensiviert, die Bürgerinnen und Bürger zu schützen.

## Der linksextreme Nährboden, der die Exzesse möglich macht

Aber diese Lösungsansätze sind letztlich unbefriedigend, weil sie nur Symptome bekämpfen. Das Problem liegt viel tiefer. Es fällt auf, dass es Exzesse in dieser geballten Form nicht in Frankfurt am Main oder in München gibt, sondern nur in Städten mit ausgeprägter linksextremer beziehungsweise „autonomer“ Szene. Diese Szene ist der Nährboden, auf dem die Autobrände wachsen. Fast die Hälfte aller

Anschläge in Berlin ist nach Erkenntnissen des Berliner Staatsschutzes politisch motiviert, die Täter stammen hauptsächlich aus der linksextremen Szene. Dennoch verschließen die politisch Verantwortlichen in Berlin die Augen vor der Realität. Anstatt die linksextreme Bedrohung deutlich anzusprechen, zieht sich der rot-rote Senat auf Erklärungsmuster zurück, die die Realität verschleiern. Innensenator Körting zeigt sich angesichts der jüngsten Eskalation felsenfest von Einzeltätern überzeugt und erklärt, er könne überhaupt kein politisches Motiv erkennen. Der Regierende Bürgermeister Wowereit spricht von einer „bunten Mischung“ aus Pyromanen und krawallorientierten Tätern.

Bunt – das klingt fröhlich und welt offen. Mit dem, was die Menschen jeden Tag vor ihrer Haustür erleben, hat es aber nichts zu tun. Gewalt darf nie akzeptiert werden, gleich aus welcher politischen Motivation heraus sie begangen wird. Man stelle sich nur folgendes Szenario vor: Ein Tourist wird nachts in einem Stadtteil von Rechts-extremen angepöbeln. Käme jemand auf die Idee, die Tat damit zu rechtfertigen, die Täter hätten eventuell aus der Motivation heraus gehandelt, ihren Kiez vor Veränderung zu schützen?

Würde ein Innensenator die Menschen ermahnen, man solle nicht provozierend durch die Straßen spazieren? Nein, und das völlig zu recht. Warum ist das aber anders, wenn es um linke Straftaten geht? Plötzlich schwingt das Zauberwort „Gentrifizierung“ als vermeintliches Erklärungsmuster mit. Plötzlich gibt der Innensenator den Menschen mit dem Verweis, nicht provozierend zu parken, eine Mitschuld an den von ihnen erlittenen Straftaten.

## Brandanschläge werden wie Fahrrad-diebstähle behandelt

Viel zu lange wurden die Brandanschläge wie Fahrraddiebstähle behandelt, wie ein Verlust, für den am Ende die Versicherung aufkommt. Viele der Brandanschläge auf Autos, Lofts und Restaurants sind jedoch Ausdruck einer tiefen Intoleranz. Mag sein, dass einige Täter aus einem krankhaften Trieb handeln, dass es möglichen jugendlichen Trittbrettfahrern nicht mehr

reicht, Mercedes-Sterne abzubreaken, sondern dass sie ihren Kick im Abfackeln von Autos suchen.

Aber das ist nicht die Wurzel des Problems. Es sind die politisch motivierten Taten, die ein Anschlag auf die Vielfalt in unserer Stadt sind. Diese feigen Angriffe treffen Menschen aus allen sozialen Schichten, aber gemeint sind vor allem diejenigen, die von linken Extremisten als fremd gebrandmarkt werden: Schwaben, Investoren, junge Familien – einfach alle, die Veränderung in Kieze bringen, die sich nach Ansicht der Täter nicht verändern dürfen.

## „Wollen wir eine faschistoide Lebensstil-Diktatur?“

Es geht darum, dass eine radikale Minderheit darüber entscheiden möchte, wer in unserer Stadt wo und wie leben darf. Mit Blick auf die Brandanschläge hat ein Berliner Journalist bereits 2009 die provokante, aber berechtigte Frage aufgeworfen: „Wollen wir uns einer faschistoide Lebensstil-Diktatur unterwerfen?“ Nein, das wollen die Bürgerinnen und Bürger nicht, davon bin ich überzeugt. Es ist endlich an der Zeit, dass wir linke Intoleranz genauso als Bedrohung für unser Zusammenleben bekämpfen, wie wir es am rechten Rand tun.

Wer die Freiheit und Vielfalt in unserer Stadt bedroht, muss auf unseren entschiedenen Widerstand und null Toleranz treffen. Wir müssen aufpassen, dass Hemmschwellen nicht immer weiter sinken, dass Anstand und Sitten nicht völlig verloren gehen und wir uns nicht an brennende Autos gewöhnen. Wir müssen die militanten Kräfte, die hinter einem großen Teil dieser Anschläge stehen, gesellschaftlich isolieren. Die Berliner CDU hat vor geraumer Zeit den Vorschlag unterbreitet, einen Runden Tisch gegen Extremismus einzurichten, der auch linke Gewalt thematisiert. Bislang ist eine solche Einrichtung am Widerstand der anderen Parteien gescheitert. Auch das zeigt, dass noch ein weiter Weg vor uns liegt.“

Erschienen am 25. August 2011 in „Der Welt“

# In Kürze: Die Positionen der Berliner CDU

## Arbeit & Wirtschaft

- Stärkung des Industrie-, Forschungs- und Entwicklungsstandortes Berlin
- Unterstützung bestehender Firmen und Förderung neuer Ansiedlungen
- Erhöhung der Wirtschaftsfreundlichkeit der Verwaltung, bessere Rahmenbedingungen für Investoren
- Engere Verzahnung von Wirtschaft und Wissenschaft
- Förderung von Elektromobilität

## Schule

- Schulfrieden statt Reformwahn
- Klares Bekenntnis zum Erhalt des Gymnasiums, Abschaffen der Schülerlotterie
- Einstellung von mehr Lehrpersonal und Verbeamtung
- Entschlackung der Lehrpläne
- Freiwilligkeit bei JÜL
- Budgets und Verwaltungsdirektoren an die Schulen für mehr Eigenständigkeit
- Schulgebäudesanierungsprogramm
- Gezielte Sprachförderung und konsequente Durchsetzung der Schulpflicht

## Innere Sicherheit

- Null-Toleranz-Strategie: Konsequente und schnelle Bestrafung von Gewalttätern
- Mehr Sichtbarkeit von Polizei und Ordnungsdiensten auf Bahnhöfen und Straßen
- Bessere Ausstattung der Polizei, sofortige Einstellung von 250 zusätzlichen Polizisten
- Intensivierung der Videoüberwachung an Kriminalitätsschwerpunkten, Verlängerung der Speicherfrist
- Geschlossene Heime für jugendliche Straftäter

## Integration

- Prinzip des Förderns und Forderns: Pflicht und Recht zur Teilnahme an allen - vor allem sprachlichen - Bildungsangeboten
- Aufstiegschancen ermöglichen, damit alle Zuwanderer zu Leistungsträgern werden können
- Berücksichtigung auch der Sorgen und Ängste der Einheimischen in der Integrationsdebatte
- Anerkennung von Integrationsleistungen
- Ausländische Bildungsabschlüsse besser anerkennen

# Geschickt gewählt

Am 18. September entscheidet sich, wie es mit unserer Stadt weitergeht. Soll es ein „Weiter so“ mit immer schlechteren Bildungschancen, höchster Arbeitslosigkeit, zunehmender Verwahrlosung, kaputten Straßen und mangelnder Integration geben, oder möchten Sie, dass sich in Berlin etwas ändert?

Unterstützen Sie Frank Henkel dabei und wählen Sie am 18. September mit allen drei Stimmen CDU.

Wer nicht bis zum 18. September warten möchte, kann seine Stimmen schon vor dem Wahltermin per Briefwahl abgeben. Das geht ganz einfach: Auf der Rückseite der Wahlbenachrichtigung, die Ihnen Anfang August zugestellt wurde, ist der Antrag auf Erteilung eines Wahlscheines abgedruckt. Dieser wird vollständig ausgefüllt in einen Umschlag gesteckt und mit 0,55 Euro frankiert oder per Fax an das Wahlamt im Bezirk gesendet. Der Antrag auf Briefwahl kann auch per Email oder auf der Homepage der Landeswahlleiterin unter [www.wahlen-berlin.de](http://www.wahlen-berlin.de) unter dem Stichwort „Briefwahl“ online gestellt werden.

Die Briefwahlunterlagen werden Ihnen daraufhin zusammen mit einem Merkblatt per Post nach Hause geschickt.

Für die Rücksendung ist dann kein weiteres Porto mehr nötig.

**Die Briefwahl geht auch „zu Fuß“:** Einfach mit dem Personalausweis zum Bezirkswahlamt gehen und direkt dort in der Wahlkabine wählen, genau wie am Wahltag. Das spart den langwierigen Postweg. Wichtig ist bei der Briefwahl: Wer den Antrag für einen anderen stellt, muss durch Vorlage einer schriftlichen Vollmacht nachweisen, dass die Berechtigung dazu vorliegt. Das gilt auch für die Abholung der Wahlunterlagen vom Wahlamt oder aus dem Wahllokal bei kurzfristigen Erkrankungen. Sollte Ihnen noch keine Wahlbenachrichtigung zugegangen sein, wenden Sie sich bitte ebenfalls direkt an Ihr bezirkliches Wahlamt. Wie auch immer Sie an der Wahl teilnehmen, wichtig ist: Überlassen Sie die Entscheidung über die Zukunft unserer Stadt nicht den anderen.

**Gehen Sie wählen**